

der Deutschlandplan der SPD kaum erwähnt wurde. Jetzt erwähnen sie ihn wieder und erklären, der Deutschlandplan habe den Zweck, in die DDR einzudringen. Wir haben das zur Kenntnis genommen und ihnen gesagt: Bitte, verwirklicht euren Plan, in dem die Rede ist von Abrüstung, von einem Friedensvertrag, von der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Bildung einer gesamtdeutschen paritätischen Kommission usw. Die sozialdemokratischen Führer haben erklärt, sie wollen durch ihre Forderung nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und einer Zone verminderter Rüstung erreichen, daß die sowjetischen Truppen aus Deutschland abgezogen werden. Es ist bekannt, daß wir für die Rückgängigmachung der Atomrüstung in Westdeutschland, für eine Zone der verminderten Rüstung und für den Abzug der ausländischen Truppen sind. Die SPD kann also nicht sagen, daß etwa die DDR sie daran hindere, ihre eigenen Forderungen zu verwirklichen. Sie setzt sich nicht für ihren eigenen Deutschlandplan ein, weil sie es nicht mit Herrn Adenauer verderben möchte, mit Hinblick auf eine Regierungsbildung im Jahre 1961. Aber wenn die sozialdemokratische Führung schon so zahm ist, wozu soll ihr Adenauer noch Regierungsposten geben? Und was die sozialdemokratischen Mitglieder betrifft, so werden sie ihre friedlichen Interessen vertreten, unabhängig von dem, was im Godesberger Programm steht.

Das Neue besteht darin, daß gleichzeitig mit dem Kampf um die Entspannung der internationalen Lage vor der Bevölkerung in Westdeutschland der Vergleich zwischen der Entwicklung in beiden deutschen Staaten sichtbar ist.

Als das Schulgesetz angenommen wurde, schrieb Herr von Knoeringen, Mitglied des Partei Vorstandes der SPD, einen Artikel mit der Überschrift „Ulbrichts Kampfansage“. Worin soll diese Kampfansage bestehen? Sie besteht darin, daß wir ein Schulgesetz angenommen haben. Der Herr von Knoeringen sagt: Je länger die Spaltung andauert, um so mehr ist die Wiedervereinigung nicht nur die äußere politische Zusammenführung. Nach dieser Zusammenführung wird die Aufgabe der gesellschaftlichen und geistigen Reintegration beginnen. — Nein, das beginnt während der Zusammenführung. Wir sind schon dabei, uns solide auf die Tätigkeit im gesamtdeutschen Ausschuß vorzubereiten.-

Nachdem das Godesberger Programm angenommen ist, beklagt sich nun Herr von Knoeringen bei der westdeutschen Regierung, daß sie gar kein Verständnis für diese Perspektive habe. Er sagt: Diese Kampfansage trifft uns zu einer Zeit, in der wir weiß Gott nicht sagen können, wir seien auf sie vorbereitet. Wir sind auf dem besten Wege, den Schulreformplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen in der Diskussion totzureden. — Die westdeutschen Politiker sagen also, sie seien nicht vorbereitet. Nun gut, aber wir diskutieren seit anderthalb Jahren über das Schulgesetz und bereiten uns gründlich vor. Sie hätten sich doch auch vorbereiten können. Aber es ist doch klar, wenn sie sich mit der Atomrüstung befassen und wenn sich Herr von Knoeringen mit der Werbung von Jugendlichen für die westdeutsche Armee beschäftigt, dann bleibt keine Zeit für ein Schulgesetz.

Genossen! Kaum war dieses Godesberger Programm angenommen, da zeigt sich auch schon der Gegensatz zwischen dem Leben und diesem betrügerischen Dokument. Die SPD hat die „freie Marktwirtschaft“ proklamiert, und dann hat sie im Bundestag eine Anfrage wegen der Preissteigerung eingebracht. Das, was Erhard in der Frage der Preissteigerung tut, entspricht doch der „freien Markt-